

Oltingen draussen, Ramlinsburg so gut wie

Baselbiet | Das Grundeinkommen wird wohl nicht im Kanton getestet

«Leider sind zwei sehr interessante Kandidaten aus dem Baselbiet weggefallen», sagt die Aargauer Filmemacherin Rebecca Panian, die in einem Schweizer Dorf während eines Jahres das bedingungslose Grundeinkommen umsetzen will.

Jan Amsler

Zwischen 150 und 1000 Einwohner stark soll sie sein, die Gemeinde, in der ein Jahr lang das bedingungslose Grundeinkommen getestet werden soll. Nicht weniger als 32 Dörfer aus dem «Volksstimme»-Gebiet würden diese Kriterien erfüllen. Zwar herrscht in diesen bürgerlich geprägten Breiten Skepsis vor, wie sich bei einer stichprobearbeitigen Umfrage dieser Zeitung Anfang Jahr gezeigt hat. Doch in zwei Ortschaften ist das Projekt, aus dem am Ende ein Film resultieren soll, zur Diskussion gelangt: in Oltingen und Ramlinsburg.

Im ersten Fall war es Oltingens Einwohnerin und Grünen-Landrätin Florence Brenzikofer, die «gekämpft hat wie eine Löwin, damit es zu einem ersten Gespräch kommen konnte», wie die Initiatorin und Filmemacherin Rebecca Panian sagt. «Aber leider war die Mehrheit gegen das Weiterverfolgen.» Auf Nachfrage erklärt der dortige Gemeindepräsident Stefan Eschbach: «Es wäre für uns sehr aufwendig gewesen, die erforderlichen Daten zu den Einkommen zu ermitteln.» Wie in vielen kleineren Gemeinden der Region werden die Steuern in Oltingen von Liestal aus erhoben. Ausserdem hat die Gemeinde am Fusse der Geissflue die Buchhaltung nach Rothenfluh ausgelagert. «Es ist zu kompliziert», so Eschbach. Probleme sehe er auch

im Zusammenhang mit dem Datenschutz.

«Auf letzten Metern gescheitert»

In Ramlinsburg ist die Lage etwas verzwickter. Hier lag es wohl an der Kommunikation. Panian wollte bereits mit ihrer dreiköpfigen Crew und einem Kameramann ins Oberbaselbiet reisen, um erste Filmaufnahmen zu drehen. «Das Treffen ist dann aber auf den letzten Metern gescheitert», sagt sie. Stephanie Oetterli Lüthi, die Gemeindepräsidentin, wusste auf Anfrage nichts davon: «Das ist bei uns im Gemeinderat gar nie diskutiert worden.» Mit Panian in Kontakt gestanden ist Gemeinderat Bálint Csontos. Csontos, der auch die Baselbieter Grünen präsidiert, erklärt, die Sache sei aufgrund anderer anstehender Aufgaben auf der Pendenzenliste weiter nach hinten gerutscht. Er sei aber noch immer interessiert am Projekt, wolle die erforderlichen Daten sammeln und es dann im Gemeinderat zur Debatte bringen.

Ganz ausgeschlossen ist es zwar nicht, dass Panian auf Ramlinsburg zurückkommt. Doch der Impuls müsste von der Gemeinde ausgehen, stellt sie klar. Kommt hinzu: Die Projektinitiatorin hat eine Ortschaft gefunden, die sich sehr interessiert zeige. Um welche es sich handelt, will sie noch nicht verraten, doch stehe schon bald eine zweite Sitzung an. «Wenns saugut läuft», so Panian, werde sie ihr Grundeinkommens-Experiment im Juni der betreffenden Gemeindeversammlung vorstellen können.

Kommt das Projekt zustande, wird die Gemeinde ihren Einwohnern für ein Jahr lang ein Einkommen in der Höhe des Existenzminimums garantieren. Eine erwachsene Person soll dadurch monatlich mindestens 2500

«Auch ein Scheitern wäre ein Erfolg»: Rebecca Panian.

Bild zvg/Manuel Bauer



Franken, ein Minderjähriger 625 Franken zur Verfügung haben. Das Geld erhalten nur diejenigen, die nicht mehr als diese Beträge verdienen.

Panian muss nicht darben

Apropos verdienen: Filmemacherin Rebecca Panian selber lebt nach eigenen Angaben von nur rund 2000 Franken im Monat, wobei es sich wegen der Unregelmässigkeit ihres Einkommens um eine Schätzung handelt. «Jedenfalls ist mein Kontostand stabil, das heisst, dass ich mit dem Betrag offenbar durchkomme», sagt die bald 40-Jährige, die in Wettingen und Ber-

lin lebt, und schmuzzelt. Einen Kinobesuch und einen Kaffee könne sie sich problemlos leisten: «Ich habe nicht das Gefühl, ich müsse darben.»

Obwohl sie selber sehr bescheiden ist, geht sie nicht davon aus, dass ein Grundeinkommen vom Arbeiten abhalten würde. Auch ist sie der Überzeugung, dass auf die Experiment-Gemeinde keine horrenden Kosten zukommen werden. In der Tat seien es aber vor allem diese beiden Punkte, die sie von Kritikern hört: Das Grundeinkommen sei zu kostspielig, ausserdem würde dann nicht mehr gearbeitet. «Wenn Sie im Monat 2500 Franken

erhalten würden, würden Sie dann Ihren Job aufgeben?», fragt sie, um solchen Befürchtungen zu entgegnen.

Während sich die politischen Diskussionen bezüglich Grundeinkommen vor allem um das Geld drehen, will Panian in ihrem Film den Fokus auf die Menschen legen und festhalten, wie sie sich verhalten. «Wir wissen noch so viel nicht, wir müssen es jetzt einfach einmal ausprobieren und sehen dann, was passiert.» Das Projekt soll Blockaden im Denken lösen.

Dass es in die Hosen geht, ist für Panian ausgeschlossen: «Auch ein Scheitern wäre ein Erfolg. Wir haben schon jetzt enorm viel an Erfahrung und Austausch gewonnen. Viele wertvolle Inputs und Gedanken sind an uns herangetragen worden.» Aber verläuft das Experiment erfolgreich, «könnte das ein Leuchtturmprojekt sein».

Über Systemwechsel nachdenken

Dass Finnland ein Grundeinkommens-Pilotprojekt nach Ende 2018 nicht mehr weiterführt, wie vergangene Woche bekannt geworden ist, vermag Panians Euphorie nicht zu dämpfen: «Das finnische Projekt war nie wirklich ein Grundeinkommens-Experiment. Dafür war die monatlich ausbezahlte Summe viel zu tief. Aus meiner Sicht war es eher «Hartz 4 ohne Bedingungen.» In der Tat geht es im skandinavischen Land nur um 560 Euro im Monat. Dieses Geld wird an 2000 Testpersonen ausbezahlt, die zu Beginn des Experiments arbeitslos waren.

Während die Idee des Grundeinkommens von Kritikern als verfrüht und unausgereift kritisiert wird, sieht Panian dringenden Handlungsbedarf: «Angesichts der Automatisierung und Roboterisierung ist es unausweichlich, dass wir uns Gedanken über einen Systemwechsel machen.»

Alle müssen Federn lassen

Ziefen | Gemeinderat beschliesst Kompromiss im Betrieb der Schiessanlage

Mit dem Beschluss des Gemeinderats zur Reduktion der jährlichen Schiessdauer bei der Schiessanlage Höll hofft der Gemeinderat, dass nun Ruhe einkehrt. Bei der Kompromiss-Lösung müssen alle Betroffenen Federn lassen.

Beat Ermel

Die Lärmbelastung durch die Schiessanlage Höll beschäftigt die Gemeinde Ziefen und deren Einwohner seit Jahren. Um den 100 Petitionären, die 2012 eine Halbierung des Schiesslärms forderten, und um den gesetzlichen Grenzwerten zu genügen, hat der Gemeinderat die jährliche Schiessdauer beschränkt. Es gilt bereits für das laufende Jahr ein stark reduziertes Kontingent von 30 Schiessanlässen zu maximal zwei Stunden pro Jahr. Auf alternative Massnahmen wie die Errichtung eines Lärmschutzwalls wird hingegen verzichtet. Mit dem Bau eines wirksamen Walls hätte man den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben, denn es wären unverhältnismässig viele Lastwagenfahrten nötig gewesen.

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit der jetzt ausgehandelten Rege-



Der Schützenstand wird des Öfteren geschlossen anzutreffen sein. Bild Beat Ermel

lung eine ausgewogene Lösung gefunden zu haben, die den verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird. Er geht davon aus, dass die Angelegenheit nun ruhen kann. Letzteres war dann auch der Grund, dass der Gemeinderat und die Schützen gegenüber der «Volksstimme» zum jetzigen Zeitpunkt keine ergänzende Stellungnahme zum Ziefener Mitteilungsblatt abgeben wollten.

Die Schiesslärm-Problematik hat eine längere Vorgeschichte. Als Reaktion auf die Petition aus dem Jahr 2012 beauftragte die Gemeindebehörde noch im gleichen Jahr eine Akustikfirma mit Schiesslärmmessungen. Die an drei Punkten vorgenom-

menen Messungen ergaben, dass die Lärmschutzvorschriften eingehalten werden. Bei den Kritikern entstanden Zweifel, ob die Messungen am richtigen Ort vorgenommen wurden. Sie verlangten ein wissenschaftlicheres Vorgehen.

Erklärung für die Differenz

Die 2016 in Auftrag gegebene Schiesslärmberechnung (sonARMS) des Kantons ergaben, dass bei der Anlage in Ziefen die Grenzwerte bei etlichen Liegenschaften deutlich überschritten werden. Die Diskrepanz zwischen den Messungen der Akustikfirma und der computergestützten Schiesslärmsimulation gaben Anlass zu weiteren

Die in Ziefen durchgeführte Messmethode

be. Das Empa-Schiesslärmmessmodell «sonARMS» bildet den maximalen Pegel des Mündungsknalls, des Geschosknalls und des Aufpralls einzeln ab. Das Modell lässt unterschiedliche Parameter in die Berechnungen einfließen, beispielsweise die Topografie, die Beschaffenheit der Geländeoberfläche, Gebäude, Hindernisse und Schallschutzmassnahmen. Zudem enthält das Modell unzählige Wittersituationen mit vordefinierten Windrich-

tungen, die bei den Berechnungen mit einbezogen werden. Die Werte, die mit der «sonARMS»-Simulation erhalten wurden, verglich die Empa mit aus klassischen Schiesslärmmessungen ermittelten Werten und konnte so die Methode validieren. Die «sonARMS»-Simulation liefert flächendeckende Resultate, die in Pixelkarten dargestellt werden. Eine flächendeckende Darstellung mit klassischen Messungen wäre deutlich aufwendiger.

Diskussionen. Deshalb beauftragte der Gemeinderat die Empa, die Differenz zwischen den Messungen der Akustikfirma und dem Resultat der «sonARMS»-Berechnungen zu erklären. Der Bericht der Empa ergab, dass die Messungen von 2012 zwar technisch korrekt durchgeführt wurden, aber an nicht repräsentativen Standorten und nicht bei allen Windverhältnissen.

Um die Festlegung der Grenzwerte zu verstehen, muss man wissen, dass für die Beurteilung des Schiesslärms nicht einzig die Lautstärke (in Dezibel) eines Schusses massgebend ist, sondern auch die Dauer des Schiessens und die Anzahl

der abgegebenen Schüsse. Die dieser Beurteilung zugrunde liegende Tabelle ist etwas schwer verständlich, stellte sich aber als hilfreich heraus, um einen Kompromiss auszuhandeln.

Heinz Döbeli, dessen Haus an der Lupsingerstrasse zu den Liegenschaften gehört, bei denen der Grenzwert überschritten wird, spricht heute von einer Kompromiss-Lösung, bei der alle Beteiligten Federn lassen müssen. Als Mitglied der fünfköpfigen Arbeitsgruppe war es ihm ein Anliegen, dass ein Kompromiss zustande kam, denn er hat etwa gleich viele Kollegen bei den Schützen wie bei den Schiesslärmbetroffenen.